



## Inhaltsverzeichnis

05.03.2026	Süddeutsche Zeitung: Mission Irgendwann	3
04.03.2026	NDR: Suche nach Atommüll-Endlager: Referentenentwurf ohne zeitliches Ziel	5
04.03.2026	SPIEGEL ONLINE: Strahlender Abfall Umweltministerium streicht angeblich Ziel-Datum für Atommüllendlager	6

## Mission Irgendwann

### Verzichtet der Gesetzgeber bei der Suche nach einem Endlager für Atommüll auf ein Zieljahr?

**Berlin** – Was Atommüll betrifft, sind biblische Zeiträume garantiert. Schließlich strahlen die Abfälle der deutschen Atomkraftwerke über Zehntausende Jahre hinweg. Und über Generationen erstreckt sich mittlerweile auch die Suche nach einem passenden Endlager dafür. Genau 50 Jahre, nur zum Beispiel, ist es mittlerweile her, dass ein Ort namens Gorleben in die engere Wahl für den Atommüll kam. Drei Jahrzehnte arbeiteten sich Gegner anschließend an dem Salzstock ab, dann verschwand der Plan in den Schubladen. Stattdessen läuft seit 2017 eine neue Suche, diesmal gründlich und nach Möglichkeit unvoreingenommen. Aber, wie es nun aussieht, mit offenem Ende.

Denn das Bundesumweltministerium arbeitet an einer Neufassung des Standortauswahlgesetzes. Die Novelle soll es leichter machen, mögliche Standorte zu erkunden, und die Suche so beschleunigen – sei es durch neue technische Verfahren, sei es durch erleichterten Zugang zu Grundstücken. Wie es aussieht, soll aber auch die bisherige Frist für die Suche gestrichen werden. So jedenfalls geht es aus einem Entwurf für das Gesetz hervor.

**Experten halten den Verzicht auf jede Frist für einen Fehler**

Der Gesetzgeber hatte seinerzeit das Jahr 2031 als angestrebten Termin verankert. Bis dahin sollte die Suche abgeschlossen sein. Bis zur Inbetriebnahme wären auch damit noch Jahrzehnte

vergangen, von der Befüllung und anschließenden Versiegelung ganz zu schweigen. Das galt schon seinerzeit als sehr ambitioniert, wenn nicht unmöglich. So argumentiert jetzt auch der Gesetzentwurf. Das Zieljahr werde gestrichen, „da dieses Ziel sich als nicht realistisch erwiesen hat“, heißt es zur Begründung. Auch passe eine solche Frist nicht zu der Vorgabe, am Ende das „bestmögliche“ Endlager zu finden.

Wie lange Letzteres dauern könnte, hatte schon vor zwei Jahren ein Gutachten im Auftrag des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) nachgerechnet: Die Gutachter kamen auf 2074. Erst im kommenden Jahr wird die bundeseigene Endlagerfirma BGE nach eingehender geologischer Voruntersuchung Regionen präsentieren, die für ein Endlager infrage kommen. Die wiederum müssen dann auch erst eingehender untersucht werden.

Doch Experten halten den Verzicht auf jede Frist für einen Fehler. „Damit werden alle Schleusen geöffnet“, warnt etwa Wolfram König, langjähriger Präsident des BA-SE und des Bundesamtes für Strahlenschutz. „Wenn das so kommt, gibt es keinen zeitlichen Druck mehr, so schnell wie möglich ein Endlager zu finden.“ Auch die Grünen sehen den Verzicht kritisch. Zwar dürfe eine Beschleunigung des Verfahrens nicht auf Kosten der Sicherheit oder der Beteiligung von Bürgern gehen, sagt deren atompolitischer Sprecher Harald Ebner. „Aber jegliche zeitliche Zielplanung aufzugeben, kann nicht im Sin-

ne des Verfahrens, der Sache und der Bevölkerung sein.“ Eine Zielgröße rund um die Mitte des Jahrhunderts sei „sicherlich sinnvoll“.

Zumal ein anderes Problem sich schon anbahnt. Denn bisher lagert der deutsche Atommüll in insgesamt 16 Zwischenlagern. Doch deren Betriebsgenehmigungen enden nun eine nach der anderen. Für Gorleben, wo 2034 als Erstes eine Genehmigung ausläuft, soll diesen Sommer ein Verlängerungsantrag eingereicht werden. Doch wie lange diese Verlängerung währen soll, lässt sich ohne eine Frist bei der Endlagersuche schwer abschätzen – sehr zum Leidwesen vermutlich auch der Bevölkerung an den Zwischenlagerstandorten. „Die Standorte der Zwischenlager stürzt das in Unsicherheit“, warnt auch König. „Denn wie lange die nun noch gebraucht werden, wäre ab sofort auch offen.“

Finanziert wird die Suche aus einem öffentlich-rechtlichen Fonds, den die Atomkonzerne mit insgesamt 24 Milliarden Euro befüllt hatten. Wie teuer es werden könnte, wenn sich die Suche weiterhin in die Länge zieht, lässt der Gesetzentwurf allerdings offen. „Die Neufassung dient der Effizienzsteigerung des Standortauswahlverfahrens und bedeutet keine Mehrbelastung“, heißt es dort. „Zeitminimierende Effekte“ könnten den Gesamtaufwand sogar senken.

Michael Bauchmüller

Wörter:	597	Jahrgang:	2026
Autor/-in:	Michael Bauchmüller	Nummer:	053
Seite:	6 bis 6	Ausgabe:	Hauptausgabe
Rubrik:	POLITIK	Auflage <sup>1</sup> :	83.045 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		110.616 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		113.725 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite <sup>2</sup> :	0,4169 (in Mio)

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 01/2026

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



NDR

## Suche nach Atommüll-Endlager: Referentenentwurf ohne zeitliches Ziel

4. März 2026 13:48 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Stand: 04.03.2026 13:48 Uhr

Wann ein Standort für ein **Atommüll-Endlager** in Deutschland gefunden wird, ist unklar. In einem Referentenentwurf des Bundesumweltministeriums steht kein Zieldatum mehr.

Dieser Referentenentwurf liegt dem ARD-Hauptstadtstudio vor. Eigentlich sollte bis 2031 ein Standort für ein **Endlager** gefunden werden. In dem Referentenentwurf wird nun aber kein konkretes zeitliches Ziel mehr genannt. Schon länger ist bekannt, dass sich die Suche nach einem geeigneten Standort bis in die 2070er-Jahre ziehen könnte. Deshalb will das Bundesumweltministerium eigenen Angaben zufolge das entsprechende Gesetz, das das Standortauswahlverfahren regelt, überarbeiten. "Unser Ziel ist es, die **Endlagersuche** bis Mitte des Jahrhunderts abzuschließen", sagte ein Sprecher des Bundesumweltministeriums. Darauf habe sich die Bundesregierung auch unlängst im aktuellen Nationalen Entsorgungsprogramm festgelegt. Zunächst hatte der Deutschlandfunk berichtet.

Bundesumweltministerium: Referentenentwurf noch in Arbeit

Das Bundesumweltministerium teilte mit, dass der Referentenentwurf für eine Novelle des Standortauswahlgesetzes derzeit vorbereitet werde. "Wir befinden uns dazu noch in der so genannten Hausabstimmung auf Fachebene. Im nächsten Schritt erfolgen die Einbindung und Billigung der Hausleitung sowie die üblichen Beratungen innerhalb der Bundesregierung", so das Ministerium. Unfertige Entwürfe kommentiere man nicht.

Niedersachsens Umweltminister: Ziel sollte 2040 oder 2045 sein

Umweltminister Meyer (Grüne) sagte dem NDR Niedersachsen am Mittwoch, Niedersachsen setze sich sehr für eine Beschleunigung bei der **Endlagersuche** ein. "Es kann nicht sein, dass wir das weit nach hinten auf den Sankt-Nimmerleins-Tag schieben.", so Meyer. Es sei wichtig, dass der **Atommüll** möglichst schnell in ein unterirdisches **Endlager** kommt. Meyer sieht ein, dass 2031 nicht zu halten sei. "Aber sowas wie 2040 oder 2045 sollte schon ein Ziel sein." Sobald ein offizieller Referentenentwurf vorliege, werde man sich sicher noch einmal für eine sichere, schnelle **Endlagersuche** positionieren - auch im Interesse der Menschen an den Zwischenlagern. Meyer drängt insgesamt darauf, dass ein realistisches Datum gefunden wird, auch als Planungsauftrag.

## Wenig Überraschung bei der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg zeigte sich in einer ersten Reaktion wenig überrascht über den Referentenentwurf ohne Zieldatum. Das ursprüngliche Ziel, bis 2031 einen Standort zu finden, sei von vornherein populistisch gewesen, sagte Sprecher Wolfgang Ehmke dem NDR Niedersachsen. In Gorleben (Landkreis Lüchow-Dannenberg) läuft die Genehmigung für das Zwischenlager im Jahr 2034 aus. "Wir erwarten von der Gorleben-Betreiberin BGZ nun ebenfalls, dass sie sich in ihrem Genehmigungsantrag, den sie Mitte des Jahres stellen will, ehrlich macht", sagte Ehmke. In dem vorliegenden Referentenentwurf wird der Standort Gorleben als **Endlager** ausgeschlossen. In Paragraph 36 steht dazu: "Der Salzstock Gorleben ist aus dem Standortauswahlverfahren ausgeschieden und kommt somit als möglicher Standort nach diesem Gesetz nicht mehr in Betracht."

## Landkreis Lüchow-Dannenberg begleitet Prozess konstruktiv

Vertreter von Bundes- und Landesbehörden hätten im Ausschuss für **Atomanlagen** bereits über die verlängerte Zwischenlagerung von **Atommüll** in Gorleben informiert, teilte der Landkreis Lüchow-Dannenberg mit. "Es bedarf eines besonderen Augenmerkes auf die neuen Genehmigungsprozesse mit allen notwendigen Sicherheitsvorkehrungen für die Zukunft", so Landrätin Dagmar Schulz (parteilos). Sie spricht an dieser Stelle eine Orientierung am aktuellen Stand von Technik und Forschung an. Ein offener und transparenter Prozess sei den Menschen vor Ort vom Bund zugesichert worden, sagte Schulz weiter. Man begleite den Prozess konstruktiv.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 SPIEGEL ONLINE

## Strahlender Abfall Umweltministerium streicht angeblich Ziel-Datum für Atommüllendlager

4. März 2026 12:52 | Medienart: Online | Visits/Monat: 240.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Eigentlich soll bis zum Jahr 2031 feststehen, wo in Deutschland ein **Endlager** für hochradioaktiven **Atommüll** gebaut wird. Laut einem Medienbericht ist dieser Zeitplan jedoch nicht zu halten.

---

Automatisch erstellt mit KI. Mehr Informationen dazu.

Gesucht wird eine Mülldeponie für die Ewigkeit: Etwa 60 Jahre lang lieferten deutsche Atomkraftwerke Energie, inzwischen sind sie abgeschaltet, doch der dabei entstandene hochradioaktive Müll ist geblieben – und im Moment weiß niemand, wohin damit.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ist damit betraut, nach einem Standort zu suchen. Im Jahr 2031 sollte die Entscheidung fallen, doch daraus wird offenbar nichts, wie der Deutschlandfunk (DLF) berichtet .

Der DLF beruft sich auf einen Referentenentwurf des Bundesumweltministeriums, in dem das Zieljahr 2031 ersatzlos gestrichen wurde. Das Ziel sei nicht realistisch, hieß es demnach in der Begründung. Zudem sei eine gesetzliche Vorgabe nicht mit den Anforderungen an das Auswahlverfahren kompatibel. Details dazu wurden nicht bekannt.

Ersatz für Gorleben

Das BGE und das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hätten eine Stellungnahme abgelehnt und auf das Umweltministerium verwiesen, berichtet der DLF. Das Umweltministerium habe den Entwurf nicht kommentieren wollen, da er bisher nicht fertig sei.

Ursprünglich sollte ein Endlager im Salzstock Gorleben entstehen, was erhebliche Proteste auslöste, zudem gab es Zweifel, ob der Standort wirklich geeignet sei. Letztlich scheiterte der Plan. Seit ihrer Gründung im Jahr 2016 ist die BGE mit der Standortsuche betraut. Konkret geht es um ein Endlager für hochradioaktiven Müll, der über eine Million Jahre hinweg sicher gelagert werden soll. Endlager für schwach- und mittlradioaktiven Müll gibt es bereits, etwa in Morsleben, Sachsen-Anhalt.

Nach einer Schätzung des Bundesumweltministeriums werden bis zum Jahr 2080 circa 650.000 Kubikmeter Atommüll anfallen. Von diesen sind nur rund fünf Prozent hoch radioaktive Abfälle, sie produzieren jedoch 99 Prozent der Radioaktivität des gesamten deutschen Atommülls.

Es gibt schon länger Zweifel, dass der Zeitplan für die Endlagersuche eingehalten werden kann. Julia Neles vom Öko-Institut Darmstadt sagte in einem SPIEGEL-Interview im November, ein geeigneter Standort könnte frühestens im Jahr 2046 feststehen. »Atommüll ist eine Aufgabe von Generationen«, sagte die Forscherin weiter. (Das ganze Interview lesen Sie hier.)

Derweil arbeiten einige Start-ups daran, den Atommüll unschädlich zu machen. Statt einer Million soll er dann nur noch wenige Hundert Jahre strahlen. Ob das funktionieren kann, lesen Sie hier.